

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. Januar 2025

1. Umsetzungsstand Wachstumsinitiative

An der Umsetzung der noch offenen Punkte der Wachstumsinitiative der Bundesregierung wird unter Hochdruck gearbeitet. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([20/14429](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 16. Januar 2025 berichtete. Die Antwort enthält eine Übersicht über bereits umgesetzte und noch offene Maßnahmen. Nach einer vollständigen Umsetzung und einem zügigen Inkrafttreten des Maßnahmenpakets sei 2025 ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von etwa 0,5 Prozent möglich. Da die Maßnahmen die Wachstumskräfte auch längerfristig stärken würden, sei bei vollständiger Umsetzung in den Folgejahren mit weiteren Impulsen zu rechnen.

2. KfW-Nachfolge-Monitoring Mittelstand 2024

Immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland erwägen, ihre Betriebe wegen fehlender Nachfolgelösungen zu schließen. Bis Ende 2025 hegen rund 231.000 Inhabende von mittelständischen Unternehmen, die bereits konkret ihren persönlichen Rückzug planen, Stilllegungspläne. Das sind 67.500 mehr als ein Jahr zuvor. Das sind Ergebnisse einer aktuellen [Sonderauswertung](#) im Rahmen des KfW-Mittelstandspanels, die Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurden. Niemals zuvor seit Start des Nachfolge-Monitorings von KfW Research haben so viele mittelständische Unternehmen die Aufgabe ihres Betriebs in Erwägung gezogen. Mittelfristig – binnen drei bis fünf Jahren – ziehen noch einmal rund 310.000 Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereits wissen, dass sie aus ihrer Firma ausscheiden, die Schließung in Betracht. Demgegenüber streben 532.000 der insgesamt 3,84 Millionen mittelständischen Unternehmen in Deutschland bis Ende 2028 die Übergabe an eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger an. Damit halten sich die angestrebten Nachfolgen und die geplanten oder für möglich gehaltenen Stilllegungen bis Ende 2028 in etwa die Waage. Hauptgrund für die Pläne zur Stilllegung ist sehr oft das Alter. Das Durchschnittsalter der mittelständischen Unternehmerschaft liegt bei 54 Jahren. 39 Prozent der Unternehmerschaft ist sogar 60 Jahre oder älter – in der deutschen Gesamtbevölkerung sind das nur rund 30 Prozent.

3. BIP gesunken

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland ebenfalls 0,2 Prozent. „Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege“, sagte Destatis-Präsidentin Dr. Ruth Brand bei der [Pressekonferenz](#) „Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland“ in Berlin am 15. Januar 2025. „Dazu zählen zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten. In diesem Umfeld schrumpfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 erneut“, so Brand weiter.

4. Inflationsrate 2024

Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 Prozent gegenüber 2023. Wie das Statistische Bundesamt am 16. Januar 2025 [mitteilte](#), fiel die [Inflationsrate 2024](#) damit geringer aus als in den drei vorangegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt hatte sie 2023 bei plus 5,9 Prozent, 2022 sogar bei plus 6,9 Prozent und 2021

bei plus 3,1 Prozent gelegen. Zuvor waren im Jahresdurchschnitt die zwei Prozent selten überschritten worden, zuletzt 2011 mit ebenfalls plus 2,2 Prozent.

5. Studienfinanzierung in Deutschland

Staatliche Instrumente der Studienfinanzierung werden in Deutschland weiterhin wenig in Anspruch genommen. Wie eine aktuelle Auswertung des CHE Centrum für Hochschulentwicklung zeigt, die am 16. Januar 2025 [veröffentlicht](#) wurde, beziehen über 83 Prozent der Studierenden kein Geld aus staatlichen Angeboten wie BAföG, Stipendien oder Studienkrediten. So erhielten 2023 nur maximal 16,9 Prozent der Studierenden in Deutschland finanzielle Unterstützung aus staatlichen Mitteln. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung von weniger als einem Prozentpunkt, die laut der Autorinnen und Autoren vor allem auf einem Aufwuchs der BAföG-Geförderten nach der 27. BAföG-Reform beruht. Rund 360.000 Studierende erhielten 2023 eine BAföG-Förderung. Das entspricht einem Anteil von rund 12,55 Prozent. Zusätzlich wurden 67.933 Personen (2,37 Prozent) im Rahmen eines Stipendiums wie dem Aufstiegsstipendium, dem Deutschlandstipendium oder einem Stipendium eines Begabtenförderungswerks gefördert. 56.863 Studierende (1,98 Prozent) nahmen einen staatlichen Studienkredit in Anspruch. Bereits zum zweiten Mal stellt das CHE in einem Check die Nutzungszahlen aller staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten von Studierenden auf Bundes- und Länderebene zusammen. Quellen für die Zahlen sind unter anderem das Statistische Bundesamt, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Selbstauskünfte der Anbieter auf Anfrage des CHE.

6. Private Hochschulen in Deutschland weiterhin beliebt

Rund jede, jeder achte Studierende in Deutschland war im Wintersemester 2023/24 an einer privaten Hochschule eingeschrieben. Die private IU Internationale Hochschule ist mittlerweile die größte Hochschule bundesweit. Mit 116.000 Studierenden sind dort fast so viele Personen eingeschrieben wie an den beiden größten staatlichen Universitäten zusammen. Der überwiegende Teil der privaten Hochschulen hat aber weniger als 2.500 Studierende. Dies zeigt das Update eines [DatenCHECKS](#) zu den Profilen staatlicher, kirchlicher und privater Hochschulen. Im Vergleich zu staatlichen Hochschulen erleben nicht-staatliche und davon besonders private Hochschulen in Deutschland weiterhin einen Boom. Im vergangenen Wintersemester 2023/24 waren 13 Prozent aller Studierenden (372.887 Personen) an einer privaten Einrichtung immatrikuliert. Das entspricht einem Plus von einem Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr. Von den aktuell 423 Hochschulen in Deutschland (Stand Dezember 2024) befinden sich 26 Prozent in privater, 65 Prozent in staatlicher und neun Prozent in kirchlicher Trägerschaft. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der im HRK Hochschulkompass geführten Hochschulen insgesamt um vier leicht verringert. Darüber [berichtete](#) das CHE Centrum für Hochschulentwicklung Ende vergangener Woche.

7. Anteil der Babyboomer in Mangelberufen

In vielen Berufen werden schon jetzt Fachkräfte gesucht. Diese Situation könnte sich dadurch weiter verschärfen, dass viele abhängig Beschäftigte in sogenannten Engpassberufen der Babyboomer-Generation angehören und in den nächsten Jahren das Renteneintrittsalter erreichen. So waren 2023 44 Prozent der Fahrerinnen und Fahrer von Bussen und Straßenbahnen mindestens 55 Jahre alt, wie das Statistische Bundesamt auf Basis von Ergebnissen des Mikrozensus am 13. Januar 2025 [mitteilte](#). Der Anteil der abhängig Beschäftigten in dieser Altersgruppe war damit überdurchschnittlich hoch: Über alle Berufe hinweg lag er bei 25 Prozent. Bus- und Straßenbahnfahrer/-in gehört zu den Berufen, in denen die Bundesagentur für Arbeit einen besonderen Fachkräftemangel ausmacht. Im Bereich der Freien Berufe werden unter anderem Werte für das Gesundheits- und Sozialwesen ausgewiesen, wo der Anteil der

abhängig Beschäftigten ab 55 Jahren bei 25 Prozent liegt. Für die Kategorie der freiberuflichen Dienstleistungen beträgt dieser Anteil 23 Prozent.

8. IT-Fachkräftemangel

Vor allem größere Unternehmen wollen mit Künstlicher Intelligenz (KI) dem Mangel an IT-Fachkräften entgegenwirken. So geben fünf Prozent der Unternehmen in Deutschland an, mit KI Personalengpässe überbrücken zu wollen, etwa in der Softwareentwicklung oder in der IT-Administration. Von den Unternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten setzt sogar jedes fünfte KI gegen den Fachkräftemangel ein (21 Prozent). Bei kleineren Unternehmen spielt KI eine deutlich geringere Rolle: Bei Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten sind es nur zwölf Prozent, bei jenen mit zehn bis 49 Beschäftigten sieben Prozent und bei Kleinst-Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten zwei Prozent. Das sind Ergebnisse einer Befragung von 852 Unternehmen ab drei Beschäftigten in Deutschland im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 13. Januar 2025 [veröffentlicht](#) wurde. Insgesamt geht gut jedes dritte Unternehmen (35 Prozent) davon aus, dass KI den Fachkräftemangel in Deutschland abmildern kann.

9. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

